

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

1.10.1919 (No. 229)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Berantwortlich:
Haupt-
schrift-
leiter
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun-
sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 A 90 P - Einzelnummer 15 P - Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene
Zeile oder deren Raum 35 P zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier
Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrze,
Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für
telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. - Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Brennholzverförgung.

Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die vor einiger
Zeit in Karlsruhe errichtete Landesbrennholzstelle, welche im
Gebäude der Forst- und Domänenverwaltung untergebracht ist,
die Holzverteilung unmittelbar an die Verbraucher vor-
nehme.

Diese Auffassung ist irrig. Die Landesbrennholz-
stelle ist lediglich ein vermittelndes Organ; sie
weist den Bürgermeistern in den kleineren Ge-
meinden und den sogenannten Kohlenstellen in den
Städten Brennholz zu. Mit der Verteilung des Holzes an
die örtlichen Verbraucher hat sie nichts zu tun. Diese Auf-
gabe obliegt eben diesen Ortskohlenstellen und den Bürger-
meisterämtern. Es ist deshalb völlig überflüssig und bedeutet
nur Zeit- und Geldverschwendung, wenn sich sowohl von
Karlsruhe wie auch von außerhalb örtliche Verbraucher an die
Landesbrennholzstelle wenden und um unmittelbare Zulie-
ferung von Holz bitten. Diesem Ersuchen kann die Landes-
brennholzstelle nicht nachkommen. Ihre Aufgabe ist lediglich
die, das Holz von jenen Bezirken in Baden, in welchen Über-
schuß vorhanden ist, denjenigen Bezirken zuzuführen, die
Holzmangel haben. Wie die Ortskohlenstellen und die Bür-
germeisterämter dann die Verteilung des ihnen zugewiesenen
Brennholzes vornehmen, ist ihre eigene Angelegenheit, in
welche die Landesbrennholzstelle nicht eingreift. Zuständig
für die Brennholzverförgung der Verbraucher
ist also die Ortskohlenstelle bzw. das
Bürgermeisteramt.

Im allgemeinen ist noch festzustellen, daß die Nachfrage nach
Holz ungemein groß ist infolge des Ausfalls an Kohlenzu-
fuhr. Der Wald kann aber nur die dringlichsten Fälle be-
friedigen und keinesfalls diesen Ausfall decken. Denn das gesamte anfallende Brennholz aus den Wäldungen
Badens entspricht einer Kohlenmenge, die zu normalen Zeiten
in wenigen Tagen gefördert wurde. Es ist deshalb
äußerste Sparfamkeit im Verbrauch des für den
Hausbrand zugewiesenen Holzes geboten.

Alles in geordnetem Weg aufbereitete Holz ist lediglich
zur Bedeckung des Hausbrands bestimmt. Für die
Industrie sind besondere Maßnahmen in Angriff ge-
nommen.

\* Noske als Staatsmann.

Der Reichswehrminister Noske hat nicht nur ein
Vertrauensvotum seiner Fraktion erhalten, son-
dern ihm ist auch von der Konferenz aller so-
zialistischen Vertrauensmänner Groß-
Berlins ein einstimmiges Vertrauensvotum aus-
gestellt worden. Diesen beiden Kundgebungen maßgebender
Parteiinstanzen kommt naturgemäß eine besonders
hohe Bedeutung zu. Noske war, wie unsere Leser wis-
sen, im Zusammenhang mit dem Fall Reinhard von
einem Teil seiner Parteigenossen heftig kritisiert worden.
Stellenweise hat sich diese Kritik zu offener Opposition
entwickelt, so daß hier und da bereits von einer Erschüt-
terung des Vertrauens der Partei zu ihrem Vertreter
gesprochen werden konnte. Wir haben zu diesen Erör-
terungen mehrfach Stellung genommen, auf die Unerseh-
lichkeit Noskes hingewiesen und uns bemüht, seine An-
sichtungen zu interpretieren.

Am besten unterrichtet uns jetzt aber Noske selbst über
diese seine Anschauungen; und zwar geschieht das durch
die große Rede, die er auf der eben erwähnten Ver-
trauensmännerkonferenz in Berlin gehalten hat.

An die Spitze seiner Darlegungen stellt Noske den
Satz, es sei nicht in erster Linie Sache der Regierung,
die durch die Revolution errungenen Freiheiten in die
Wirksamkeit umzusetzen, sondern das sei Sache des
Volkes selbst. Wir begrüßen diesen Satz mit leb-
hafter Genugtuung, da er mit der von uns vertretenen
Meinung voll übereinstimmt. Allerdings sind wir uns
dessen wohl bewußt - und auch Noske wird das ein-
gesehen haben -, daß unser Volk infolge seiner unglück-
lichen Geschichte und infolge der schädlichen politischen
Entwicklung der letzten Jahrzehnte sich mehr und mehr
daran gewöhnt hat, selber nichts zu tun, von der Regie-
rung aber alles mögliche Schöne und Gute zu erwarten.
Im alten Obrigkeitstaat mag diese Denkwiese nicht ganz
unverständlich gewesen sein, obwohl wir nie vergessen
dürfen, daß gerade sie sehr erheblich zu der allgemeinen
Verumpfung und Verblödung der Politik des alten Sys-
tems beigetragen hat. Wäre es also eigentlich schon damals
Sache des Volkes gewesen, sich tatkräftiger und lebhafter
für seine Geschichte zu interessieren, so ist dieses Inter-
esse heute im Volksstaate, unter einem
parlamentarisch-demokratischen Regime
unausweichbare Pflicht des Volkes. In posi-
tiver Mitarbeit am Staate hat das Volk selbst dafür

zu sorgen, daß Gesetzgebung und Regierung von sei-
nem Geist und von seinem Empfinden durchdrungen
werden. Nur das Volk allein ist imstande, die Institu-
tionen mit dem Geist der neuen Zeit zu erfüllen, der
verhältnismäßig rasch geschaffenen Form den nötigen
Inhalt zu verleihen. Die Revolution war nur insofern
ein Abschluß, als sie ein bankrotttes System über den
Haufen warf; in der Hauptsache aber bedeutet sie Anfang
und Ausgangspunkt einer neuen Zeit. Unsere Aufgabe
ist es, die politischen, wirtschaftlichen und moralischen
Fundamente dieser neuen Zeit zu legen.

Daß die sogenannten revolutionären Errungenschaften
vielfach ungeschickt gehandhabt werden, hat auch
Noske zugegeben, indem er sagte: „Wir selbst geben so
manche dieser Errungenschaften durch das Ungeschick preis,
mit dem wir, wie ein Dösel im Porzellanladen, in unser-
em Wirtschaftsleben herumfahren.“ Die Revolution sei
zu einer reinen Lohnbewegung degradiert
worden durch gesinnungslose Elemente, die bis zum 9.
November Kriegerbereiter waren, jetzt aber, maßlos in
ihren Forderungen und unklar in ihren Zielen, den gro-
ßen Ton angeben. „Unbegreiflich schön und großartig
wäre die deutsche Revolution gewesen, wenn die
große Masse wirklich sozial und sozia-
listisches Gefühl gehabt hätte; statt dessen
hat sie aber nur für sich möglichst viel herauszuschlagen
wollen.“ Es sind bittere Wahrheiten, die Noske hier der
großen Masse sagt. Daß sie aber als Wahrheiten emp-
funden werden, beweist die Tatsache der lebhaften Zu-
stimmung, die gerade diese Worte auf der Konferenz ge-
funden haben.

Mit Recht hat Noske den Nörglern und Heßern zuge-
rufen, daß, wenn wir jetzt 80 Prozent von den großen
Einkommen wegsteuern, die Betriebe doch wahrlich über-
wiegend für die Allgemeinheit arbeiten,
und daß, wenn wir jetzt Betriebsräte schaffen, die Ar-
beiter doch nicht mehr Lohnslaven sind, sondern als mit-
bestimmende Faktoren dastehen. Es ist gut, daß einmal
von autoritativer Seite dies mit aller Schärfe gesagt
wurde. Ebenso erfreulich ist es aber, wenn Noske hin-
zufügt, daß all das doch nur dann einen Zweck habe, wenn
nicht jedes 20jährige Großmaul glaube, in
einem Millionenbetriebe umherregieren zu können, son-
dern, wenn die erfahrensten, reifsten und
klügsten Arbeiter Arbeiterräte sind. Mit
diesen Worten hat Noske den Finger auf eine offene
und brennende Wunde am Körper unseres ganzen Wirt-
schaftslebens gelegt. Dinge, die so kompliziert und schwie-
rig sind, daß selbst der genialste und erfahrenste Fach-
mann an ihnen verzweifeln möchte, werden heute von
radikalen Grünschnäbeln in einer Weise erledigt, daß
man sich nur immer wieder und wieder über die Lang-
mut derer wundern muß, die ein solches Geschwafel se-
lenruhig mit anhören und nicht Schneid genug haben,
um mit harter Faust den Tempel von solchen Bengeln
reinzufegen.

Denjenigen, die da glauben, daß sich schon jetzt das
Paradies auf der Erde herabdenken werde, hat Noske
zugerufen, daß die Früchte für die Lebenshal-
tung der breiten Massen erst in Jahrzehnten
reif werden können, und daß, wer den Mas-
sen eine raschere Erfüllung ihrer Wünsche vorgaukelt, am
raschesten scheitern werde, wenn er zur Regierung ein-
lange. Daß dazu, um dies alles zu sagen ein
außerordentliches Maß von Mut gehört, glauben wir
Herrn Noske gern.

Nicht nur Mut aber, sondern auch staatsmännische
Einsicht und staatsmännischer Weitblick spricht aus sei-
nem Satze, daß man nicht auf jede Wähler-
stimme Rücksicht nehmen könne, wenn es
um das Schicksal unseres zerrütteten Lan-
des geht. „Lassen wir die Dinge ruhen, dann haben
wir bald russische, ungarische oder Münchener Zustände.“
Wir möchten gerade diese letzte Bemerkung Noskes auf's
Ernsteste der allgemeinen Beachtung empfehlen. Die
Parteilührer, die da meinen, sie müßten ihrer Partei, in-
dem sie ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der
Stunde gewissen Sentiments und Leidenschaften nach-
geben, befinden sich in einem grundlegenden Irrtum.
Gewiß hat eine jede Partei damit zu rechnen, daß sie
Anhänger verliert, wenn sie solchen sozusagen populären
Stimmungen Widerstand leistet. Aber dieselbe Partei
wird glänzend gerechtfertigt sein und tausende und aber-
tausende von neuen Zuläufern bekommen, wenn es ihr
gelingt, der wichtigsten Aufgabe gerecht zu wer-

den, nämlich der: durch Aufrechterhaltung der Ordnung,
durch Wiederbelebung unserer Wirtschaft unser Volk
vor dem Zusammenbruch zu retten und
ihm eine neue Zukunft der Wohlfahrt und
des Wohlstandes zu ermöglichen. Die Partei,
die Klugheit und Verantwortungsbewußtsein genug be-
sitzt, um allen leidenschaftlichen und übertriebenen Augen-
blickswünschen zu widerstehen und vor allem die öffent-
liche Ordnung und Sicherheit, die ruhige und ehrliche
Weiterarbeit der Volksgenossen zu gewährleisten, diese
Partei wird in dem Empfinden des Volkes am meisten
Wurzel schlagen und bei einer jeden Wahl am besten ab-
schneiden.

Sehr interessant waren die Mitteilungen Noskes über
die Verhältnisse in der Reichswehr. Be-
sonders bemerkenswert ist seine Feststellung, daß bisher
aus den Reihen der Mannschaften und Unteroffiziere
kein genialer Führer hervorgegangen sei, und daß man
in militärischen Dingen doch auf jene alten Offiziere
zurückgreifen müsse, die eine ganz bestimmte Befähigung
mitbringen, und die auch in den letzten Monaten wieder
bewiesen haben, mit welcher Entschlossenheit und mit
welcher rücksichtslosen Daransetzung ihres eigenen Lebens
sich der Regierung zu dienen wissen. In der Reichswehr
müsse straffste, eiserne Manneszucht gehalten werden.
Darum möge sich die Partei das ewige Quängeln und
Nörgeln abgewöhnen. Wenn sich einer finde, der sein
Amt übernehme, dann wolle er (Noske) es mit Kuhhand
abtreten. Die Partei möge dafür sorgen, daß anständige
Leute nicht einen Ekel vor der Revolution
bekommen und sagen: „Wenn das Sozialismus ist,
ist uns eine anständige bürgerliche Regierung lieber.“
Man solle die Nerven zusammenhalten, und dann müßte
es mit dem Teufel zugehen, wenn die Zukunft nicht doch
uns gehöre. Auch diese Darlegungen sind, wie die Be-
richte verzeichnen, mit stürmischem Beifall aufgenommen
worden. Und auch wir registrieren die Tatsache dieser
Zustimmung mit besonderer Genugtuung.

Deutsche Nationalver-
sammlung.

Berlin, 30. September.

Eröffnung der Sitzung um 8.20 Uhr. Der Präsident wünscht
der Nationalversammlung einen gesegneten Einzug in ihr
Berliner Heim. Er hebt sodann des verstorbenen Abg.
Dr. Raumann, der ebenso hervorragend als Mensch, wie als
Parlamentarier gewesen sei.

Das Haus hatte sich von den Sigen erhoben.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Auf eine Anfrage Hilting (Zent.) betr. die Unterstützung
der Flüchtlinge aus Ost-Lothringen antwortet ein Regie-
rungsvertreter, daß durch Bereitstellung von Reichsmitteln
durch das Rote Kreuz und durch Erleichterung der Befugnisse
der Darlehensstellen in dieser Richtung alles Mögliche
geschehe.

Abg. Löbe (Soz.) fragt an, ob die Regierung das Vorgehen
des Volksbundes in Sachen der Kriegsgefangenen billige und
ob regierungsseitig Außerungen dahin gefallen seien, daß wir
Kriegsgefangene nicht brauchen können.

Regierungskommissar Stülken erklärt, das unqualifizier-
bare Vorgehen des Volksbundes hat der englischen Regierung
erst das Material geschafft, das diese gegen unsere Kriegsge-
fangenen ausgespielt habe. Reichstangler Bauer habe niemals
eine Äußerung dahin getan, daß kein Geld für Überläufer
vorhanden sei. Die Regierung sei bestrebt, alles zu tun, um
zu verhindern, daß die Gefangenentrage zu politischen Zwecken
mißbraucht werde. Es gerichte ihm zur Genugtuung, daß die
Geimtransporte der Kriegsgefangenen sich bisher glatt ab-
wickelten. Die Kriegsgefangenen haben sich dankbar und er-
freut gezeigt, daß sie in so herzlicher Weise von der Heimat
willkommen geheißsen werden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend
die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1919.
Der Notat wird in allen drei Lesungen erledigt und an-
genommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die
durch innere Unruhen verursachten Schäden.

Abg. Schmann (Soz.): Jede Haftung lokaler Gemeinden
für die Schäden aus Unruhen müßte ausgeschlossen sein. Das
Reich allein ist zuständig. Rechtlich ist auch die Abwälzung
von einem Drittel der Haftung auf die Gemeinden unbillig.
Die Rehtaufende von Feststellungsfragen würden dann auch
wegfallen und damit viel Kosten und Arbeit gespart werden,
wenn die Gemeinden ausgeschaltet würden. Ich beantrage
Überweisung an den Hauptauschluß.

Abg. Aftor (Zent.): Das Gesetz ist notwendig. Wir kön-
nen den Grundgedanken des Gesetzes nicht billigen, daß die
Revolutionschäden auf gleicher Grundlage wie die Kriegs-
schäden behandelt werden sollen. Ich beantrage Überweisung
an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Beerwald (Dem.): Das Gesetz setzt geradezu eine
Prämie auf die Unruhen. Vielleicht kann man auch die
Veranstalter der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen.

Zu beantragen Überweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Unterstaatssekretär Lewald: Die Unruhen werden allerdings in den meisten Fällen von Mitschleibern der Gemeinden, nicht von Fremden erregt. Deshalb ist die Gemeinde verantwortlich. Gerade wenn die Schäden vom Reiche voll ersetzt werden würden, dann wäre dies eine Prämie auf die Plünderungen. Es muß bedacht werden, daß wir vielleicht noch nicht am Ende der Tumulte stehen. Also ist es unmöglich, daß das Reich die Schäden in ihrem ganzen Umfange ersetzt.

Hg. Warmuth (D.-N.): Die Haftpflicht der Gemeinden kann nicht ganz ausgeschaltet werden, zumal die Schäden nicht mehr durch die Tumultanten, sondern auch bei der Abwehr verursacht wurden.

Um 6 1/2 Uhr verlag das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr, außerdem Interpellation Heinge (Wahlfraße)

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte Reichswehrminister Roske, daß die beabsichtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Der Minister ging auf die Verhältnisse in Kurland näher ein und gab der Hoffnung Raum, daß die zurückberufenen Mannschaften auch im Hinblick auf die getroffenen Maßnahmen (Röhrungsentziehung und Verlust der Versorgung) den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückkehren werden. Wie die in russische Dienste übergetretenen Mannschaften zurückgeholt werden könnten, dafür wisse er noch keinen Weg. Die Stärke der Reichswehr belaufe sich zurzeit auf rund 400 000 Mann. Die Bestände seien an Stärke im Schwund, da die Werbungen seit 1 1/2 Monaten unterlagert seien.

## Politische Neuigkeiten.

### Der Notetat.

\* Der Nationalversammlung ist der Notetat zugegangen, in dem u. a. 1 033 334 000 Mark zur Verwendung von Kriegsteuerungszulagen an Beamte und Lohnangestellte sowie von Ruhegeldempfängern und Hinterbliebenen angefordert werden, 11 1/2 Millionen Mark für die Verwaltung des Reichsheeres, Reichsmilitärgerichts und der Reichsmarine, sowie für das Kommando der Schutztruppen, sowie 15 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für den Wiederaufbau sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges. Der Notetat wurde in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses angenommen.

### Niedrigere Ausmahlung des Brotgetreides.

\* Die schon während geraumer Zeit vielfach dringend verlangte niedrigere Ausmahlung des Brotgetreides, die ein wohlgeschmeckteres und bekömmlicheres Brot ergeben wird, wird nach Auskunft bei der Reichsgetreidekasse vom 1. Oktober ab verwirklicht werden. Während bisher Roggen und Weizen eine Ausmahlung von 94 Prozent erfuhren, wird der Roggen nach dem 15. Oktober nur zu 82 Prozent und der Weizen zu 80 Prozent ausgemahlen werden. Bei Gerste erfolgt die Gerabehung bis zu 75 Prozent. Es ist klar, daß die Folgen der niedrigeren Ausmahlung sich nicht gleich am 1. Oktober in Gestalt eines besseren Brotes bemerkbar machen können. Vielmehr müssen die vorhandenen und bis zum 15. Oktober ausgemahlene Mehlbestände zunächst aufgearbeitet werden. Je nach dem Umfange der Vorräte von 94prozentigem Mehl kann in den einzelnen Kommunalverbänden das bessere Mehl erst einige Zeit früher oder später an den Käufer geliefert werden. Die wesentliche Qualitätsbesserung des Brotes ist natürlich auch auf die Herstellungskosten des Brotes nicht ohne Einfluß, wogegen der gegen das Vorjahr höhere Getreidepreis und sonstige Erhöhung der Löhne (Kohlen usw.) treten. Da es nicht möglich ist, die Differenz zwischen dem jetzigen und den künftigen Preisen gänzlich aus Reichsmitteln zu

## Zum 80. Geburtstag Hans Thomas.

\* Morgen, Donnerstag, vollendet der Altmeister deutscher Kunst Professor Hans Thoma in Karlsruhe das achte Jahrzehnt seines schaffensreichen Lebens. Wenn irgend einer unter den Malern unserer Zeit darauf Anspruch erheben darf, in seinen Werken zum Herzen des Volkes zu sprechen, so ist es Hans Thoma, in dessen Schöpfungen nicht nur der große gestaltende Künstler, sondern auch der kluge Denker, der gemüthvolle Beobachter, der an innerem Erleben und äußerer Lebenserfahrung reiche Mensch sich offenbart. Hans Thoma ist alles aus sich selbst geworden. In dem stillen Schwarzwalddorfe Bernau am Herzogenhorn als Holzschmiedssohn geboren, beabsichtigte er zunächst, seine zeichnerischen und malerischen Fähigkeiten im Berufe des Lithographen und später als Stuben- und Ahnenmaler zu verwerten. Kleine Landschaftsbilder und Porträts, die er nach dem Tode seines Vaters im 17. Lebensjahre schuf, erweckten die Aufmerksamkeit des Oberamtmanns Sachs, der ihm auf das Betreiben der Mutter zu einem Stipendium zum Besuch der Kunstschule in Karlsruhe verhalf. Als Zwanzigjähriger begann er unter Schirmer sein Studium. 1867 bis 1868 studierte er in Düsseldorf und Paris, dann kam er wieder nach Karlsruhe, 1870 siedelte er nach München über, 1874 beschäftigte er die Kunstschätze Italiens, 1877 ging er nach Frankfurt a. M., wo er mit Unterbrechungen bis 1899 blieb. Seinen Rufm begründete Thoma durch die Ausstellung von 36 Gemälden im Münchener Glaspalast im Jahre 1890. Von da ab war sein Leben eine Kette von Erfolgen. 1898 wurde er Professor, 1899 Direktor der Groß. Kunsthalle in Karlsruhe, Professor der Akademie der Bildenden Künste (sein Lehramt übte er bis 1. Oktober 1911 aus), sein Amt als Galerie-Direktor legte er erst in diesem Jahre nieder. 1906 wurde er zum Mitglied der Ersten Ständekammer ernannt. Die philosophische Fakultät in Heidelberg, die theologische Fakultät derselben Universität und die medizinische Fakultät in Berlin verliehen ihm die Würde eines Ehrendoktors. Die Stadt Karlsruhe machte ihn zu ihrem Ehrenbürger.

Was uns die Werke Thomas so lieb und wert macht, das ist vor allem die Schtheit und Schlichtheit, die Volkstümlichkeit und die Bodenständigkeit ihres Wesens. Es wird wohl

begehen, wird sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht umgehen lassen.

## Sabotage der Zechenbesitzer.

Die „Köln. Jtg.“ vom letzten Donnerstag berichtet aus Barmen unterm 24. September:

„Schwere Anschuldigungen erhob in einer Versammlung der Ausschussmitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter- und Angestelltenvereine von Barmen und Langerfeld Stadtverordneter Heuts. Eine Kommission, der Heuts angehört, hatte den Ursachen des hierigen Strommangels nachgeforscht und dabei festgestellt, daß von drei Turbinen des Gemeinschaftswerks Gattingen, das auch Barmen mit Strom versorgt, infolge des Kohlenmangels nur eine in Betrieb ist. Von achtzehn zur Aufrechterhaltung des Betriebs erforderlichen Waggons Kohlen werden täglich nur acht bis zehn geliefert. Eine Kohlenreserve, die früher stets 6000 Tonnen betrug, ist nicht vorhanden. Die Kommission hat danach die Zechen des Ruhrkohlenreviers besucht und beim Kohlenhändler sowie beim Reichsstaatskommissar Gue eine bessere Belieferung des Gemeinschaftswerkes Gattingen durchzusetzen versucht. Nach Ansicht des Berichterstatter Heuts und samlischer Kommissionsmitglieder sei letzten Endes aller gute Wille aber an der festgestellten Sabotage des Unternehmertums gescheitert, das durch Verweigerung der notwendigen Neubeschaffung von Bergzeug, wie Förderwagen, Kompressoren, Bohrhämmer usw. — angeblich wegen Materialmangels — verjagt, die schwersten wirtschaftlichen Störungen hervorgerufen und dadurch Stimmung für eine neue politische Umwälzung zu machen. Auch die Führer des Bergarbeiterverbandes und der Reichsstaatskommissar seien der Ansicht gewesen, daß durch die Zechenbesitzer eine rationelle Förderung systematisch gehemmt würde.

Nicht die Bergarbeiter trügen die Schuld an dem Kohlenmangel, denn die arbeiteten im Afford und hätten ein Interesse an der Mehrförderung. Der ziffermäßige Vergleich mit der Höchstförderung der Vorkriegszeit (Dezember 1913) ergebe bei sämtlichen besuchten Zechen nur eine geringe Minderförderung im Juni 1919. Der Schleichhandel habe sich auch auf die Kohle geworfen, die in Autos verschoben würden. Der Kommission seien von einem Zechenratsmitglied der Zeche Ringregent bestimmte Angaben darüber gemacht worden, daß in einem Monat 10 000 Förderwagen mehr gefördert worden seien, die in den Büchern der Zechenverwaltung nicht vorzufinden seien. Der Reichsstaatskommissar wolle durch Anstellung von fliegenden Kontrollleuten den Kohlenziehungen Einhalt tun und die Kohlenautos auf den Landstraßen abfangen. Einmütig sprach die Versammlung sich dahin aus, daß die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Zustände der Kohlenversorgung gelenkt werden müsse, um dadurch die Reichsregierung zu energischen und endlich erfolgreichen Maßnahmen zu veranlassen.

## Ein neuer Zwischenfall in Ludwigshafen.

\* Zu einem folgenschweren Zusammenstoß, bei dem zwei deutsche Zivilpersonen den Tod fanden, ist es zwischen französischem Militär und Arbeitern der Autinifabrik gekommen. Bei dem starken Andrang, welcher beim Schichtenwechsel an der Stelle immer herrscht, hatte ein deutscher Arbeiter an den patrouillierenden Kösten angestoßen. Ein Wort gab das andere. Das ewig Weibliche, welches leider gegenüber der Befugung eine vom deutschen Standpunkte aus direkt beschämende Rolle spielt, hatte auch das Seine dazu beigetragen. Die Franzosen fühlten sich, nachdem eine größere Menge sich auf den Lärm hin dort angeammelt hatte, bedroht, zogen sich in das Wachtlokal zurück und schossen auf Befehl des Wachkommandanten blindlings in die Menge hinein. Hierbei wurden zwei Zivilpersonen getötet und einige verletzt. Die beiden tödlich verletzten Zivilpersonen wie auch die Verletzten hatten sich nicht das Geringste auszubeden können lassen. Daß die Menge mit dem Wachkommandanten, dessen großer Angehörigkeit der folgenschwerere Zusammenstoß zuzuschreiben ist, nicht gimpflich verfuhr, darf nicht Wunder nehmen. Die Gewerkschaften, welche über den Vorfal berieten, fordern mit Recht die Befestigung der Wache an der Autinifabrik, die gar keinen Zweck hat.

Mit demselben Recht könnte bei dieser Gelegenheit, so betont hierzu der „Mannheimer Generalanz.“, aber auch einmal die

kaum einen Menschen geben, dem seine Bilder, wie „Sommertag“, „Mondscheingeiger“, „Hüter des Tals“, „Die Grafsburg“, „Der Wanderer“, „Feierabend“, „Sonntagnachmittag“ usw. nicht die eine oder die andere Seite seines Herzens zum Klingen bringen. Aber nicht nur durch seine Kunst hat sich Thoma Anerkennung und Wertschätzung erworben. Oft hat er, gerade in diesen schweren Zeiten, auch die Feder ergriffen, die er nicht weniger meisterlich beherrscht als seinen Pinsel, Stift und Griffel, und immer waren es Worte voll kostbarer Lebensweisheit, Worte der Ermunterung und der gemüthvollen Erquickung die er dem Leser spendete. Geehrt im ganzen deutschen Vaterland, auch im Ausland als einer der ersten Repräsentanten deutscher Kunst mit Achtung und Auszeichnung genannt, tritt dieser große Sohn des Badenlandes in voller Arbeitsfreude, Frische und Gellüstigkeit über die Schwelle des neunten Jahrzehnts. Mögen ihm seine Schaffenslust, seine Arbeitskraft und sein klarer Sinn noch lange erhalten bleiben!

## Um den Kaiser.

Im Verlag von Heinrich Hobbing-Berlin ist soeben der 8. (Schluß) Band des Memoirenwerkes „Erinnerungen“ von Otto Hamann, ehemals Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes erschienen. Das Buch führt den Titel: „Um den Kaiser“. Wir geben aus seinem Inhalt den Anfang des 4. Kapitels, „Das Ende der Politik der zwei Eifen“ wieder:

„Für den Herbst 1907 stand ein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes bevor. Der Staatssekretär v. Tschirschky, stetig und unbeholfen im Verkehr mit dem Parlament, sorgte sich nach einem Posten, auf dem er mit größerer Ruhe seine diplomatischen Fähigkeiten entwickeln konnte. Die Gelegenheit, seinen Wunsch zu erfüllen, ergab sich, als der Vorkämpfer Graf Wedel in Wien ausersuchen wurde, an Stelle des Fürsten Hohenlohe-Langenburg Statthalter in den Reichslanden zu werden. Diese Wahl war eine gute Wahl. Graf Wedel, zugleich General und Diplomat, besaß große Würde ohne Aufspielerei, Ernst ohne Schroffheit und hat sein schwieriges Amt mit wohlwollendem Verständnis für die elend-lichstingige Bevölkerung, auch zur Zeit des Jaberner Konfliktes zwischen Militär und Zivil, geführt. Die Politik in Wien erhielt Herr v. Tschirschky. Für den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt kamen drei Diplomaten in Betracht, der Gesandte in Bukarest von Aiderlen, der für den fähigsten politischen Kopf unter den deutschen Diplomaten galt, der geschäftsgewandte Unterstaatssekretär v. Mühlberg und der Vorkämpfer v. Schön in Petersburg. Aiderlen, einfl, als er noch vortragender Rat im Auswärtigen Amt und dann Gesandter in Ham-

burg war, der ständige Begleiter des Kaisers auf Reisen, war seit langem in Ungnade gefallen, weil sein Witz gelegentlich auch höchste Personen nicht gespart hat. Er war so verlastet worden, daß der Kaiser wiederholt den Gedanken, Aiderlen an die Spitze des auswärtigen Amtes zu berufen, mit der Begründung abwies, es sei ihm unmöglich, wieder persönliche Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, er habe aber nichts dagegen, daß Aiderlen den Posten des Vorkämpfers in Konstantinopel bekomme, wenn dieser einmal frei werde. Der Kandidat des Kaisers war von vornherein Herr v. Schön. Mit allerlei gesellschaftlichen Talenten ausgerüstet, der Rede genügend mächtig, ohne übertriebene Energie, im Verkehr mit dem Kaiser frei und offen, ist er als Staatssekretär immer sowohl mit dem Reichstag wie mit dem Kaiser gut ausgekommen. Als er zur Zeit der bosnischen Krisis erkrankte, setzte es der Kaiser durch, daß Aiderlen als besonderer Kenner der Balkanangelegenheiten zur Vertretung Schöns ins Amt berufen wurde. Der Kaiser überwand seine persönliche Abneigung, und infolgedessen wurde Aiderlen später, nach Schöns Befestigung nach Paris, doch noch Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

In den letzten Jahren der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow wiederholten sich in Presse und Reichstag die Klagen über Mängel unserer Diplomatie und des inneren Dienstes im Auswärtigen Amt, für die der ausgetretene und vorurteilslose Kanzler volles Verständnis hatte. In einem Brief aus Nordbernh vom September 1907 sprach er, die politische Abteilung mit ihren fünf vortragenden Räten sei überlastet, es mühten mehr Stellen angefordert werden, es nicht in der handelspolitischen und der Rechtsabteilung, oder in den Konsulaten brauchbare Kräfte für die politische Abteilung und die diplomatischen Außenposten zu finden wüßten, die Hauptstützen des Fürsten Bismarck, Bülow, Avelen, A. Ribbin, Kaiser, Puch seien doch auch keine zünftigen Diplomaten gewesen. In meiner Antwort wies ich darauf hin, daß Politik, Handel, Recht und Presse getrennt, nebeneinander bearbeitet würden, statt nach dem Regionalismus eng verbunden zu sein, zur Entlastung des Staatssekretärs seien zwei Unterstaatssekretäre nötig, von denen der eine hauptsächlich den Verkehr mit dem Reichstag zu übernehmen hätte. Daß für den inneren und äußeren Politik umfassenden Pressedienst ein vortragender Rat mit drei Hilfsarbeitern und zwei Expedienten ganz unzureichend und eine viel größere Organisation nötig war, stand schon lange fest. Herr v. Schön sah die bestehenden Mängel wohl, brachte es aber in der kurzen Zeit seiner Leitung des Amtes nur zu neuen Vorschlägen für die Ausbildung der jungen Diplomaten, um einen besseren Nachwuchs zu erzielen. Herr v. Aiderlen war ganz Mann der alten Schule, überhaupt Gelehrter einnehmender Neuerungen, hätte am liebsten alles allein gemacht und wäre besonders bei seiner Unterabteilung der wirtschaftlichen Angelegenheiten für ein enges Zusammenarbeiten der politischen Referenten mit denen der Handelsabteilung nicht zu haben gewesen.

## Kleine Nachrichten.

\* Die neue Drohnote der Entente. Die „Times“ meldet aus Paris: Der Rat der Alliierten hat auf Vorschlag des Marschall Foch die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, falls Deutschland das Baltikum nicht räumt, auf den 20. Oktober festgesetzt. Auch die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland beginnen am 20. Oktober. Die vollständige Blockade Deutschlands würde am 1. November wieder in Kraft treten. Die Antwort der Reichsregierung auf die Drohnote der Entente wird nach Zeitungsmeldungen noch diese Woche nach Versailles abgehen. Die deutsche Regierung hat mit dem deutschen Stab in Kurland und Ostland inzwischen drahlische Verhandlungen aufgenommen, in welcher kürzester Zeit dem Verlangen der Alliierten entsprochen werden kann. Von Mitgliedern der Reichsregierung wird kein Hehl daraus gemacht, daß auch die neue Note der Entente reiflos angenommen wird.

\* Die Lage im Kurland. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet, hat sich in Mitau eine lokale Selbstverwaltung gebildet, die sich unter russische Oberhoheit stellt. Einige der deutschen Truppenteile, die jetzt aus Kurland abtransportiert werden sollen, haben sich als russische Truppen erklärt und dem russischen Oberkommandanten zur Verfügung gestellt. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Entente sie durch ihre Unnachgiebigkeit selbst zu diesem Schritte zwingt.

Die Entwertung Deutschlands. Die Friedenskommission der französischen Kammer hat endgültig folgenden Wortlaut des Vorschlages, der in ihrem Namen der Kammer unterbreitet werden wird, angenommen: „Die Kammer läßt die Regierung ein, sich mit den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der Durchführung aller Maßnahmen zu verständigen, die die Entwertung Deutschlands und seiner Alliierten wirksam gestaltet durch das Verbot gewisser Kriegsfabrikationen und durch die Erlassung aller übrigen als notwendig erachteten Bedingungen.“ Der Wortlaut nähert sich merkwillich demjenigen, der dem Kabinett anstelle der Motion Fochere vorgeeschlagen wurde, dessen Veränderung von der Regierung verlangt worden ist. Darhau wurde als Verichterstatler bezeichnet.

\* Die Verteilung der deutschen Luftflotte. Die Vertreter der fünf alliierten Großmächte unter dem Vorsitz des Außenministers Pichon nahmen, wie aus Versailles berichtet wird, die Vorschläge einer Kommission über die Verteilung der deutschen Luftflotte an. Es soll auch beschlossen worden sein, einen Protest wegen des Verkaufs verschiedener Flugzeuge an neutrale Staaten an die deutsche Regierung zu richten und es seien Maßnahmen getroffen worden, um ein ferneres Abwandern von deutschem Luftschiffmaterial nach dem Auslande zu verhindern.

\* Die Schulfrage. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung zur Prüfung der Schulfrage am Kriege beschloß, eine Reihe von Untersuchungsausschüssen einzusetzen, die einzelne Punkte besonders untersuchen sollen, wie die völkerverleidelichen Fragen, insbesondere die Maßnahmen gegen die Zivilpersonen in den besetzten Gebieten, die armenische Frage usw.

\* Die Beilegung der Affäre Reinhardt. Am 19. September hat Oberst Reinhardt dem Reichswehrminister Roske folgende Erklärung gegeben: „Wie ich schon mehrfach gemeldet habe, weise ich es weit von mir, irgend welchen gegenrevolutionären Bestrebungen nahezu stehen oder sie etwa selbst zu betreiben, vielmehr bin ich nach besten Kräften bemüht, die jetzige Regierung zu stützen und zu diesem Zwecke ihr zu helfen, Ord-

mung und Ruhe in Deutschland wieder herzustellen. In gleichem Sinne habe ich auch stets auf die mir unterstellten Truppen eingewirkt. Abgesehen davon, daß durch mein Verhalten gegenüber der Regierung während der Kämpfe der letzten Zeit Beweise für meine Absicht, der Regierung ehelich dienen zu wollen, erbracht worden sind, habe ich meine lokale Haltung noch ausdrücklich durch die Verpflichtung bekräftigt, die ich bei meinem Eintritt in die Reichswehr auf mich genommen habe. Das Gefühl, das ich in den nächsten Tagen ablegen werde, wird meine Treue zur Regierung erneut beweisen. Die mir zur Last gelegten Äußerungen über Mitglieder der Regierung sind, wenn sie gefallen sind, in einer anderen Form und in einer immerhin begrifflichen Erregung seinerzeit gefallen und sie sind keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Es hat mir fern gelegen, der persönlichen Ehre einzelner Regierungsmitglieder nahezutreten. — Das Reichskabinett hat beschlossen, in Berücksichtigung der Verdienste des Obersten Reinhard von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit durch den Reichswehrminister Abstand zu nehmen.

Der Reichsrat stimmte in der gestrigen Vollziehung zunächst einem vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung angenommenen Entwurf einer Verordnung über während des Betriebsjahres 1919/20 zugulassende Abweichungen vom Gesetz über das Brauntweinmonopol zu. Zum Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker erklärte der Berichtserfasser, Ministerialdirektor Schleichaupt, daß noch nicht so viel Zuckerrüben angebaut seien wie im letzten Friedenswirtschaftsjahr.

Die Steuerflucht. Die „B. Z.“ teilt heute mit, daß sie vor einigen Tagen einen Koffer mit wertvollem Inhalt durch einen ihrer Mitarbeiter nach Dänemark schaffen ließ, um öffentlich den Beweis zu erbringen, daß trotz der getroffenen Maßnahmen gegen die Steuerflucht ins Ausland eine solche möglich ist. Das verschlossene und versiegelte Gepäck wurde am helllichten Tage über die Grenze gebracht, ohne angehalten oder untersucht zu werden.

Wie die „B. Z.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, beschäftigt die Reichsregierung bereits in den nächsten Tagen neue strenge Maßnahmen gegen die Steuer- und Kapitalflucht zur Genehmigung der Nationalversammlung vorzulegen.

Weitere Niederlage der braunschweigischen Unabhängigen. Die Stichwahl für die Neubefugung des Magistrats der Stadt Braunshweig endigte gleichfalls mit einer schweren Niederlage der Unabhängigen. Es wurden nur Kandidaten der Bürgerlichen und Reichheitssozialisten gewählt. Im Vergleich zu der Hauptwahl vom vorigen Sonntag haben die Unabhängigen einen weiteren Verlust von 5000 Stimmen allein in Braunshweig zu verzeichnen.

Aus dem „erlösten“ Elsaß-Lothringen. Wie der „Vorwärts“ aus Bruchsal meldet, protestierte eine Versammlung Wehr Sozialisten gegen die Einberufung der Jahresklassen 1898 und 1899, gegen die Anwesenheit von Kolonialtruppen in Lothringen, gegen die Zurückweisung elbischer Arbeiter aus Frankreich und verlangt die Entlassung bestimmter französischer Beamten. Die Straßburger Sozialisten schließen sich dem Protest an.

Der Eisenbahnerstreik in England. Nach Meldung des „Telegraph“ wird aus Hyde Park in London, der als Depot für Motor- und Lastwagen benützt wird, jetzt für das Publikum vollständig geschlossen. Die Güter von Cardiff, Swansea und Newport sind blockiert. In Newport ist der Verkehr vollständig lahmgelegt. Der in England vorhandene Lebensmittelvorrat reicht für etwa 14 Tage.

Die italienische Kammer aufgelöst. Durch königliches Dekret ist die italienische Deputiertenkammer aufgelöst worden. Die Wahlen sind zum 10. Oktober ausgeschrieben worden. Senat und Kammer werden am 1. Dezember zusammengetreten. Die Auflösung der Kammer findet in der Presse vorerst wenig ernstes und sachliches Widerspruchs. Gegenwärtige Umwälzung im Kabinett ist laut W. Z. W. vorläufig nicht zu erwarten, ebenso ist die Erörterung der Friedensverträge damit bis auf weiteres befragt.

## Badische Ueberlicht.

### Badischer Landtag.

Wie wir hören, werden sich die Fraktionen des Badischen Landtags in ihren Sitzungen am Donnerstag mit der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln befassen.

### Die forstliche Unterrichtsfrage in Südwürttemberg.

Am 22. und 23. September d. J. tagte die Hauptversammlung des bad. Forstvereins in Karlsruhe. Die Referate und die sich anschließenden Aussprachen, an denen sich auch Vertreter der Forst- und Domänenverwaltung und Angehörige der forstlichen Abteilung der Fredericiana beteiligten, gaben allen Anwesenden eine Fülle von Anregungen mit in ihren Beruf. Die zurzeit schwebende Frage einer Aufhebung der forstlichen Abteilung an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und ihre Verlegung nach einer der beiden badischen Universitäten Heidelberg oder Freiburg nahm begrifflich eine breiten Raum in der Aussprache ein. Einmütig gaben sämtliche Anwesenden zu folgender, der Regierung zu unterbreitenden Entschliessung ihre Zustimmung:

„Der bad. Forstverein begrüßt als Erfüllung eines langjährigen Wunsches die in Aussicht stehende Zusammenlegung des forstlichen Unterrichts Württembergs und Badens an die Universität Freiburg, die ihr der forstlichen Verhältnisse und ihrer Umgebung wegen als das Ideal einer forstlichen Lehranstalt erscheint.“

Die Anregung zur Zusammenlegung ging neuerdings von der Württemb. Regierung aus. Hesse hat sich verbindlich bei der Wahl einer der beiden Universitäten für Freiburg erklärt. Nachdem der badische Landtag grundsätzlich seine Einwilligung zur Zusammenlegung gegeben hat, bedarf es nunmehr lediglich noch der Zustimmung des württembergischen Landtags.

Im Anschluß an vorstehenden Bericht erhalten wir die folgende Zuschrift, die wir wunschgemäß wiedergeben, ohne jedoch in der angeführten Frage selbst Stellung zu nehmen oder der Entscheidung der maßgebenden Faktoren vorzugreifen zu wollen:

„Bewundernswürdig haben sich in letzter Zeit verschiedene Stimmen gegen eine Verlegung nach Freiburg ausgesprochen, wohl in Unkenntnis der Tatsache, daß nach dem heutigen Stande der Dinge ohne große Weiterungen und Schwierigkeiten nur die Verlegung nach Freiburg in Betracht kommen kann. Die Gegner Freiburg führen an, Heidelberg besitze eine mannigfaltigere forstliche Umgebung, es sei von Württemberg und Norddeutschland aus leichter zu erreichen und gestatte zudem dem Studierenden eine billigere Lebenshaltung.“ Freiburg ist nicht weiter als Heidelberg. Nach orisfundigen Aufzeichnungen soll Freiburg sogar billiger als Heidelberg sein. Bei

der Wahl einer Lehrstätte darf nicht die Bequemlichkeit ihrer Erreichbarkeit ausschlaggebend sein, sondern die Qualifizierung zur Lehrstätte. Die Waldumgebung Freiburgs besitzt eine außerordentlich reiche Mannigfaltigkeit in den geologischen, klimatischen und floristischen Verhältnissen. Dem Wechsel der Standortsfaktoren entspricht eine ausgeprägte Verschiedenartigkeit der botanischen Verhältnisse und damit in forstlicher Beziehung der Bestandsformen und Bewirtschaftungssysteme. Freiburgs Umgebung bietet in der Rheinebene die Auenwälder, im Kaiserstuhl häuerliches Kleinwaldgebiet, in den Vorbergen des Schwarzwalds reine Buchen- und Eichenwälder, am Hang des Schwarzwalds die Tanne in ihrem natürlichen Verjüngungsgebiet und in den Gebirgswäldern reine Nadelbestände bis zur oberen Grenze des Baumbereichs. Keine Bestände wechseln mit Mischwäldern, Nadelwäldern mit Buchen- und Eichenwäldern, in nächster Nähe liegt die Schneise, deren forstliche Verhältnisse die Lehr- und Forscherstätigkeit befriedigen können. Zudem ist Freiburg der Sitz zahlreicher holzverarbeitender Betriebe. Ein Einblick der forstlichen Verhältnisse der Holzindustrie wird für den Erfolg ihres Studiums nur förderlich sein. Was Heidelberg in forstlicher Beziehung bietet, bietet Freiburg in weit höherer Maße.

Die süddeutschen forstlichen Fakultäten waren bis dahin infolge ihrer geringen Frequenz nicht lebensfähig. Die Zusammenlegung wird die Zahl der Hörer erhöhen und hierdurch die Arbeitsfreudigkeit der Lehrlinge und der forstlichen Jugend heben. Nachdem eine glückliche Lösung der seit Jahren brennenden Frage in greifbare Nähe gerückt ist, ist es tief bedauerlich, daß durch nicht zutreffende einseitige Urteile, die teilweise auf Orisfundamenten beruhen, die Zusammenlegung neuerdings gefährdet wird. Im Interesse der Lehr- und Forscherstätigkeit und ihres Einflusses auf die forstliche Wissenschaft war es deshalb erfreulich, nachdem bis heute bereinigt und nur gemäßigter Stimmen sich geäußert haben, daß diese lediglich sachlichen Erwägungen entsprungenen einmütigen Stellungnahme von gegen 80 staatlichen und privaten Forstbeamten Badens zustande kam. Sicherlich wird diese für die Beratungen und die Beschließung des Württemb. Landtags ihre Wirkung nicht verfehlen.“

### Die Wahlen zur außerordentlichen Generalsynode.

BC. Von den Ergebnissen zur außerordentlichen evangelischen Generalsynode wurden noch folgende bekannt: Schwellingen 170 Positive, 135 Liberale, in Oftersheim (A. Schwellingen) erhielten die Positiven alle abgegebenen Stimmen (in Oftersheim wohnte bekanntlich Herr Godelmann, einer der Führer der Volksschulischen Vereinigung, die Wahlenthaltung empfohlen hatte), Durlach 479 Positive, 244 Liberale, Bretten 583 Positive, 441 Liberale, Malsb. 47 Positive, 6 Liberale, 205 Landeskirchliche, Gernsbach Positive 135, Liberale 0, Landeskirchliche 163, Wolfach 158 Positive, 15 Liberale, 10 Landeskirchliche, Schiltach 133 Positive, 55 Liberale, 254 Landeskirchliche, Freiburg 807 Liberale, 1188 Positive, Müllheim 222 Positive, 171 Liberale, Eingen a. S. 57 Positive, 247 Liberale, Schopfheim 96 Positive, 179 Liberale (Kirchspiel Schopfheim 124 Positive, 241 Liberale).

### Wirtschaftliche Wünsche der Eisenbahner.

oc. In einer vom Badischen Eisenbahnerverband einberufenen und zahlreich besuchten Versammlung zu Mannheim sprach der neuangestellte Sekretär Mülle über verschiedene Tagesfragen, besonders über die Lohn- und Gehaltsfragen, über die Ausgleichszulage, Sozialversicherung, Betriebsräte und soziale Fürsorge. Verbandsvorsitzender Müller behandelte darauf die unzulässigen Zustände in der Lebensmittelversorgung. In einer Entschliessung wurde auf die große Gefahr der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft hingewiesen; dabei wurde betont, daß die Erfahrungen der letzten Zeit, wie Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt, Freigabe von Getreide und wichtiger Lebensmittelprodukten, eindringlich zur Vorsicht mahnen. Ihrer Befriedigung gab die Versammlung Ausdruck über das Vorgehen der Kollegen des Oberlandes und des Organisationsvorstandes in Karlsruhe zur Bekämpfung des Wuchers und Schieberturns im Obstverhand. Von der Volkregierung und ihren Organen erwartet die Versammlung eine zielbewusste und entschlossene Politik, die endlich zum Preisabbau führen muß.

### Tarifverhandlungen für die Schwarzwald-Industrie.

\* Aus Furtwangen wird gemeldet: Die Tarifverhandlungen für die Schwarzwaldindustrie sind zu Ende geführt worden. Das Streikende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, auch den Schwarzwald dem großen Kollektivabkommen, das Baden, Hessen und einen großen Teil Württembergs umfaßt, zu unterstellen, fand in einer Reihe von Bestimmungen Zustimmung. In anderen Punkten wurden neue Vereinbarungen getroffen, so hinsichtlich des Besessenenlebens der 48stündigen Arbeitswoche. Die geforderten Lohnzulagen beliefen sich bis zu 64 Prozent; die Zugehörnisse erreichten diese Höhe jedoch nicht.

### Tagung des südd. Betriebskrankenkassen-Schutzverbandes.

oc. Der süddeutsche Betriebskrankenkassen-Schutzverband, welcher die Bezirke Baden, Württemberg, Bayern und die Pfalz umfaßt, hielt vor wenigen Tagen in Württemberg seine Mitgliederhauptversammlung ab. Der Vorsitzende Kommerzienrat Dr. Guggenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, die Teilnahme der Versicherten an der diesjährigen Hauptversammlung beweise, daß in den Fragen, die die Betriebskrankenkassen betreffen, ein verschiedener Standpunkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr bestehe. Die Tätigkeit des Verbandes, wie die Mitgliederzahl hat zugenommen; er umfaßt heute 604 Betriebskrankenkassen mit ungefähr 325 000 Versicherten. Bei der Erhaltung des Geschäftsberichts wurde u. a. bemerkt, daß in der Artzfrage bis jetzt nur die Verlängerung der Verträge bis Ende d. J. unter Gewährung eines prozentualen Zuschlags gelungen ist. Verhandlungen über die Frage des Artzsystems und über die Honorarfragen seien im Gange.

Auf Grund der von der Geschäftsführung erstatteten Referate erklärte sich die Versammlung mit der Durchführung des zwischen den Hauptverbänden der Krankenkassen und Ärzte getroffenen Einigungsabkommens vom Dezember 1913 einverstanden. Auch die Beziehungen der Krankenkassen zu den Apothekern wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Hierbei wurde eine Erhöhung des Rezepturabzuges, sowie die Gewährung eines Prämienabzuges auf alle Artzpräparate einschließlich der im Handverkauf verwendeten gefor-

dert. In der sich anschließenden geschlossenen Mitglieder-versammlung wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

### Aus dem badischen Parteileben.

\* Das vor einigen Wochen in Karlsruhe gegründete kommunistische Organ „Die Freie Presse“ hat sein Erscheinen bereits wieder eingestellt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

BC. Weibischhof Dr. Knecht in Freiburg kann am 7. Oktober sein 80. Lebensjahr vollenden. 26 Jahre ist der Weibischhof in der Diözese als Weibischhof tätig. Körperlich und geistig noch frisch, ist er erst dieser Tage von einer längeren Festsungszug nach Freiburg zurückgekehrt.

\* Die Badische Gefangenenfürsorge schreibt uns: In dem Soldatenheim der Durchgangslager in denen wir jetzt täglich hunderte von aus amerikanischer Gefangenschaft zurückkommende deutsche Gefangene sehen, befinden sich nicht genügend Sitzgelegenheiten. Wir wollen dem heimkommenden Mann einen Kaltstuhl oder Korbstuhl bieten, wie er ihn im amerikanischen Lager gewohnt war. Sendet entbehrliche Sommermöbel dieser Art an die Soldatenheime der Durchgangslager: Heuberg, Mastatt, Tauberbischofsheim und Mannheim.

Der Badische Fischereiverband hat am Sonntag in Karlsruhe sein 12. Oktober d. J. in Offenburg seine Hauptversammlung ab, der sich ein Vortrag des Herrn Professor Dr. Auerbach in Karlsruhe über: „Fischereibiologische Untersuchungen des Bodensees“ anschließt. Bei dieser Veranstaltung sind außer den Vereinsmitgliedern auch andere Freunde der Fischerei willkommen.

oc. Mannheim, 30. Sept. Der Obst- und Gemüsehändlerverein nahm in einer Versammlung eine Resolution an, die sich gegen die Wiedereinführung der Zwangsbesitzschaftung des Obstes wendet und die Einschaltung des freien Handels verlangt. — Die Mitglieder wurden zur Konsolidierung der hier neu eingerichteten Filiale der Badischen Obstverwertungsgesellschaft aufgefordert. — In Ludwigsbafen mußte am Sonntag der Straßenbahnbetrieb infolge Kohlenmangels vollständig eingestellt werden. Auch der Betrieb der Rhein-Saar-Strassenbahn ruht aus dem gleichen Grunde völlig.

oc. Heidelberg, 30. Sept. Am Samstag und Sonntag fand in Karlsruhe nach vierjähriger Kriegspause eine Hauptversammlung des Vereins badischer Zahnärzte statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Prof. Gerrenrecht-Freiburg über die Behandlung Alveolarphlegmonen und der Wunden in der Mundhöhle. Zahnarzt Krzyus aus Heidelberg hielt einen Demonstrationsvortrag über das Anlegen von Apparaten zur Nahrung schlechtherrnder Zahnreihen.

BC. Heidelberg, 30. Sept. Der Bezirksrat hat die Wahl des Landwirts Johann Georg Haas in Heidesheim zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde für ungültig erklärt.

BC. Karlsruhe, 30. Sept. Karlsruhe ist die erste Stadt Badens, die eine kommunistische Rathausfraktion hat. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses erklärte der Führer der Unabhängigen in dem Stadtparlament, Stadtvorordner Aufhäuser, daß seine Partei nichts mehr mit dem Stadtrat, Schmitt II bisler II. S. P. zu tun haben wolle wegen dessen politischer Haltung. Darauf erklärte Schmitt II, er werde in Gemeinschaft mit seinem kommunistischen Parteifreund Barthels eine besondere Fraktion bilden und zwar so lange, bis ihre Partei, die kommunistische Partei Deutschlands, sie abberufe. Dann würden sie ihren Platz bei der Masse des Volkes haben und auf die Beseitigung dieses Parlamentes — er meinte den Bürgerausschuß — dringen, da dieses jeglicher Existenzberechtigung ermangele.

BC. Durbach (Amt Offenburg), 30. Sept. Am hellen Tage drangen zwei Unbekannte in das Gasthaus zum „Kranz“ ein. Sie inebelten den Wirt Fies und brachten ihm mit Sägen auf den Kopf zwei klaffende Wunden bei. Dann erbrachen sie den Schrank und raubten das vorhandene Bargeld, jedoch keine Lebensmittel.

### Badische Zeitungsstimmen.

\* Über die Wahlen zur evangelischen Generalsynode in Karlsruhe schreibt die „Badische Landeszeitung“:

„Diese Wahlen bedeuten einen starken Aufschwung nach rechts, niemand hatte ein solches Ergebnis erwartet. Dieses Resultat veranlaßt die Positiven vor allem ihrer glänzenden Organisation, während auf der liberalen Seite in dieser Beziehung so gut wie nichts geschah. Eine rühmliche Ausnahme machte die Südstadt. Sie brachte allein über 40 Prozent aller für die Liberalen in der Gesamtgemeinde abgegebenen Stimmen auf, hier waren die Liberalen vorzüglich organisiert. Ohne das Plus der liberalen Stimmen in der Südstadt wäre eine positive Mehrheit erreicht worden. Nur sie allein darf noch als liberale Hochburg angesprochen werden, während in allen anderen Stadtbezirken, mit Ausnahme eines Stimmbezirks in der Gartenstraße, die Positiven die Mehrheit erhielten.“

Das Ergebnis für die Mittelpartei war vorauszusehen. Sie hat offenbar wenig Boden in der kirchlichen Wählerchaft. Der Aufruf des Volkskirchenbunds, der die Arbeiter aufforderte, sich der Wahl zu enthalten, hatte so gut wie gar keine Wirkung. Die kirchlich interessierten Kreise der sozialdemokratischen Wählerchaft in der Südstadt befolgten die ausgesagene Wahlparole nicht, sondern gaben den liberalen Zettel ab. Die Wahlbeteiligung betrug kaum 50 Prozent der angemeldeten Wählerstimmen.“

### Aus der Landeshauptstadt.

BC. Zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe für das Studienjahr 1919/20 ist der ordentliche Professor der Geologie Dr. Wilhelm Paulke gewählt worden, der das Amt bereits übernommen hat.

\* Zur Kohlenversorgung gibt das städtische Nachrichtenamt u. a. bekannt: Das städtische Brennstoffamt und die Kohlenhandlungen werden täglich mit Wurfen wegen unzureichender Lieferung überhäuft. Aber weder das Brennstoffamt noch die Kohlenhandlungen tragen hieran irgend eine Schuld, denn die Anlieferungen sind so gering, daß heute noch nicht einmal die Hälfte der vom Reichskommissar zur Lieferung für den Monat Juni ausgegebenen Hausbrandbezugsscheine beliebert sind. Es sind bis jetzt über 16 000 Tonnen rückständig. Voraussichtlich wird es kaum möglich sein, die z. Bt. angelegten, gekürzten Monatsmengen von 2 und 3 Zentner zur Anlieferung zu bringen, ebensowenig können Anlieferungen statifinden. Die Forderung von bestimmten Sorten Kohlen sollte unbedingt unterbleiben, da nur das abgegeben werden kann, was herangebracht wird. Unmöglich kann den sich täglich häufenden Anträgen auf Erhöhung der Bedarfsmengen entsprochen werden. — Das sind trübe Aussichten für den Winter!

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Verordnung**

**Arbeitsvermittlung betr.**

§ 3 Absatz 2 Satz 1 meiner Verordnung vom 16. Juni 1919, Arbeitsvermittlung betr., wird dahin ergänzt, daß hinter „Etilingen“ einzuschalten ist: „Bruchsal“.

Karlsruhe, den 23. September 1919.  
Der Demobilisationskommissar. D. 3.257

**Die Bekämpfung der Geflügelcholera betr.**

Wegen Fortdauer der Seuchengefahr wird das z. B. bestehende Verbot des Handels mit Geflügel im Umherziehen (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1919 S. 187) bis zum 1. April 1920 verlängert. Ausgenommen von diesem Verbot ist der haustierweise Ankauf von Schlachtgeflügel durch die vom Bezirksamt aufgrund des § 9 der Verordnung vom 10. November 1916 (Gesetzes- und Verordnungsblatt S. 321) zugelassenen Aufkäufer. Die Bürgermeisterämter des Landbezirks werden beauftragt, diese Anordnung alsbald ortsüblich bekannt zu geben.

Karlsruhe, den 26. September 1919.  
Bezirksamt. D. 3.256

Zur Fortführung des Vermessungswerts und Lagerbuchs der Gemarkungen nachfolgender Gemeinden ist Tagfahrt in den Räumen der betreffenden Grundbuchämter bestimmt und zwar für  
**Reopoldshafen auf Freitag, den 10. Oktober d. J., vormittags 8 Uhr,**  
**Welschnureut auf Montag, den 13. Oktober d. J., vormittags 8 Uhr,**  
**Eggenstein auf Dienstag, den 21. Oktober d. J., vormittags 8 Uhr,**  
**Blankenloch mit Stutensee auf Donnerstag, den 6. November d. J., vormittags 9 Uhr,**  
**Sagstfeld auf Dienstag, den 11. November d. J., vormittags 9 Uhr,**  
**Bühig auf Freitag, den 14. November d. J., vormittags 9 Uhr.**

Das Verzeichnis der seit der letzten Fortführungstagfahrt eingetretenen, dem Grundbuchamt bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum liegt während einer Woche vor der Tagfahrt zur Einsicht der Beteiligten in den Räumen des Grundbuchamts auf; etwaige Einwendungen gegen die Eintragung dieser Veränderungen im Vermessungswert und Lagerbuch sind in der Tagfahrt vorzutragen.  
Die aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen im Grundeigentum, sowie bleibende Kulturveränderungen sind anzumelden und Meldebriefe über Änderungen in der Form der Grundstücke dem Fortführungsbeamten vorzulegen, widrigenfalls die Fortführungsunterlagen auf Kosten der Beteiligten von amtswegen beschafft werden.

Karlsruhe, den 20. September 1919.  
Der Bezirksgeometer.

**Bekanntmachung.**

Bei der heute vorgenommenen Verlosung der 3 1/2 % Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Wiesloch im Betrage von 478 000 M. vom Jahre 1905 — Stadtanleihe — sind die Nummern Lit. A Nr. 37, 97, 98, Lit. C Nr. 19, 20, 21 und Lit. D Nr. 61, 64, 65 zur Heimzahlung auf 1. Januar 1920 gezogen worden.  
Der Kapitalbetrag der gezogenen Schuldverschreibungen kann gegen Rückgabe der Legitimen und der dazugehörigen noch nicht verfallenen Zinscheine nebst des dazugehörigen Erneuerungsscheins nach Wahl des Inhabers in Wiesloch bei der Stadtkasse, oder in Mannheim bei der Rheinischen Creditbank und deren sämtlichen Zweigniederlassungen erhoben werden.  
Vom 1. Januar 1920 an hört die Verzinsung der gezogenen Schuldverschreibungen auf.

Wiesloch, den 24. September 1919.  
Der Gemeinderat.

**Bekanntmachung.**

Bei der heute vorgenommenen Verlosung der 3 1/2 % Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Wiesloch im Betrage von 105 000 M. vom Jahre 1896 — Wasserleitungsanleihe — sind die Nummern Lit. D Nr. 72, Lit. E Nr. 10, Lit. F Nr. 2 und 5 zur Heimzahlung auf 1. Januar 1920 gezogen worden.  
Der Kapitalbetrag der gezogenen Schuldverschreibungen kann gegen Rückgabe der Legitimen und der dazu gehörigen Zinscheine nach Wahl des Inhabers in Wiesloch bei der Stadtkasse oder in Frankfurt a. M. bei der Dresdner Bank erhoben werden.  
Vom 1. Januar 1920 an hört die Verzinsung der gezogenen Schuldverschreibungen auf.

Wiesloch, den 24. September 1919.  
Der Gemeinderat.

**Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.**

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Kgl.-Nr. 3688: a 14 qm mit Gebäuden: Friedenstraße 15.  
Schätzung: 66 000 M.  
Versteigerungstagfahrt: Dienstag, den 7. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.  
Mündliche Auktion gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 16. Juli 1919.  
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

**Festhalle**

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr:

**Volkstümliches Sinfoniekonzert**

**des Landestheaterorchesters**

Solisten: Fräulein Sajitz und Herr Spittel.  
1. Instrumentalkonzert in C-dur: Händel. 2. Konzert für Flöte und Orchester in D-dur: Mozart.  
3. Lieder mit Orchesterbegleitung: a. Die junge Nonne, b. Gretchen am Spinnrade. 4. Sechste Sinfonie in F-dur (Pastorale) von Beethoven. Mark 1.—, 1.20, 2.—.

**Karlsruhe — Meßplatz**

**Zirkus Hermann Althoff**

**Ab heute:**

**Neues Programm!**

**Franklin-Standard**

**Die lebenden Gummibälle,**

**Tinn-Loo**

**Japanische Lackmalerei u.**

**Chinesisch-Kunstschützen**

sowie das übrige Attraktionsprogramm.

Sichern Sie sich rechtzeitig Eintrittskarten.

Vorverkauf: Zigarrenhaus Herm. Meyle, am Marktplatz und Zirkuskasse.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

**Verf. Bekanntmachungen**

**Die Stelle des**

**Bezirksbaukontrolleur**

**Stellvertreters**

für den Bezirk Adelsheim ist zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der staatlich geprüften Baumeister wollen sich alsbald bei der unterzeichneten Behörde melden.

Adelsheim, 26. Sept. 1919.  
Bad. Bezirksamt.

**Öffentliche Mahnung.**

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Oktober 1900 Einträge in unsere Grund- und Pfandbücher eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen; die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 1. Oktober 1900 eingeschriebenen Einträge liegt in den Dienst- räumen des Pfandgerichts zur Jedermanns Einsicht offen.

Adelsheim, 29. Sept. 1919.  
Das Pfandgericht.

Krug, Bürgermeister.  
Der Vereinigungsbeamte: Binler, Ratsschreiber.

Freiburg, 9. Sept. 1919.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Zwei echte oriental. Teppiche**

auch Verbindungsstücke, zur Einrichtung von auswärt. Herrn zu kaufen gesucht. Mitteilung unt. 56 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbitten.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.

Der Zirkusdirektor Hermann Althoff.

Karlsruhe, den 20. September 1919.